

### **Wir haben Ihr Dokument umgewandelt, es beginnt auf der nächsten Seite**

Dieses Word-Dokument wurde aus Sicherheitsgründen in das PDF-Format umgewandelt.  
Das ursprüngliche Dokument ist noch verfügbar. Klicken Sie einfach auf den Link um es zu öffnen.  
[Dokument herunterladen](#)

### **We have converted your document, it starts on the next page**

This Word document was converted to the PDF format for security reasons.  
The original document is still available. Just click on the link to open it.  
[Download document](#)

Bewerber/Bieter Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Vergabenummer FBI-ÖA-04/26
--	-------------------------------

**Vergabeverfahren**

Bau einer Radabstellanlage

Tiefbau

**Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz**

Die nachstehend aufgeführten Erklärungen sind Bestandteil meines/unseres Angebotes:

## 1. Vergütung der Arbeitsleistung der Beschäftigten

Den bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten wird für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrags **mindestens** das nach § 6 Abs. 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes geltende Bruttoentgelt gerechnet auf die Arbeitsstunde bezahlt. Das Mindestentgelt entspricht dabei dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde, ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschläge.

Das gilt nicht, wenn für die zu beschaffenden Leistungen bereits durch das Mindestlohngesetz, aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder durch andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte im Sinne des § 2 Absatz 6 des Brandenburgischen Vergabegesetzes ein Mindestentgelt definiert ist, welches das Mindestarbeitsentgelt gemäß § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes erreicht oder übersteigt.

## - Lieferleistung:

Bei einer Lieferleistung gilt dies für die mit der Anlieferung zusammenhängenden Leistungen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung. Mit dem Vertrag über die Lieferung bereits beauftragte spätere Dienstleistungen, wie Serviceleistungen am Liefergegenstand unterfallen ebenfalls dieser Vereinbarung.

Das derzeit gültige Mindestentgelt nach § 6 Absatz 2  
Des Brandenburgischen Vergabegesetzes beträgt 13,00 Euro brutto.

Der nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) ab dem  
01.01.2026 gültige Bundes-Mindestlohn beträgt 13,90 Euro brutto.

## - Längerfristige Verträge:

Bei längerfristigen Verträgen ist eine ggf. vereinbarte Lohnleitklausel auch auf den Fall der Erhöhung des Mindestarbeitsentgelts auf Grundlage des § 6 Absatz 2 Brandenburgisches Vergabegesetz unter den für die Lohnleitung sonst geltenden Voraussetzungen und der tatsächlichen Erhöhung des Arbeitsentgelts für die Beschäftigten anwendbar.

Solange der Bundes-Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz höher ist, als das Mindestentgelt nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz, finden die nachstehenden, aus der Mindestentgeltverpflichtung des Brandenburgischen Vergabegesetzes resultierenden Regelungen keine Anwendung. Sie finden dann wieder Anwendung, sobald das Mindestentgelt nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz den Bundes-Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz übersteigt.

## 2. Nachweise zur Einhaltung der Mindestentgeltanforderungen gemäß § 6 Abs. 2 BbgVergG

Der Auftraggeber überprüft die Einhaltung der Mindestentgeltanforderungen anhand von vom Auftragnehmer vorzulegenden Bescheinigungen eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers über die Lohnhöhe, oder darüber, dass alle bei der Leistungserbringung eingesetzten Beschäftigten mindestens das Mindestentgelt nach Ziffer 1 erhalten.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die o.g. Bescheinigungen mit der Gesamtrechnung für die erbrachten Leistungen vorzulegen.

Erfolgt die Abrechnung der Leistungen in mehreren Abschlagsrechnungen, verpflichte(n) ich/wir mich/uns, die o.g. Bescheinigungen mit der ersten Abschlagsrechnung sowie der Schlussrechnung vorzulegen. Bei längerfristigen Vertragslaufzeiten bzw. Ausführungszeiten verpflichte(n) ich/wir mich/uns, die o.g. Bescheinigungen mit der ersten Rechnung zu Beginn des Leistungszeitraumes sowie je einmal zu Beginn des nächsten Vertragsjahres vorzulegen.

Bei Bauleistungen kann der Nachweis anstelle einer Bescheinigung eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers anhand einer „Beitrags- und Meldebescheinigung“ der Sozialkasse des Baugewerbes oder einer vergleichbaren Bescheinigung freiwilliger Sozialkassen geführt werden, die bei Rechnungseingang nicht älter als 6 Monate ist.

Soweit im Vergabeverfahren vorgelegte Sozialkassenbescheinigungen noch gültig sind, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei längeren Vertragslaufzeiten bzw. Ausführungszeiten weitere Bescheinigungen, jeweils einmal jährlich mit der ersten Rechnung im neuen Leistungszeitraum vorzulegen.

Für die Teile der Leistung, für die sich der Auftragnehmer eines Nachauftragnehmers bedient, sind die vorgenannten Bescheinigungen der Nachauftragnehmers ebenfalls vom Auftragnehmer vorzulegen.

### 3. Stichprobenkontrollen

Dem Auftraggeber wird zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Auszahlungsbelege gegeben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Beschäftigten zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werde(n) ich/wir einholen. Die Unterlagen können pseudonymisiert sein, wenn deren Zusammengehörigkeit erkennbar ist. Zu Kontrollen darf der Auftraggeber oder eine von ihm beauftragte Person meine/unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines/unseres Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und Zahlung befragen.

### 4. Entgeltzahlung an Beschäftigte

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Löhne und Gehälter aller, auch im Ausland ansässiger, Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege bereitzuhalten und auf Wunsch des Auftraggebers im jeweiligen Büro des Auftraggebers vorzulegen, werktags außer samstags zwischen 8 Uhr und 17 Uhr, freitags bis 14 Uhr, den Zugang zu meinen/unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege zu gestatten. Kopien hiervon können gefertigt und gegen Quittung vorübergehend überlassen werden. Die Nachweise können pseudonymisiert sein, wenn die Zusammengehörigkeit erkennbar ist.

### 5. Nachunternehmer

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung zugunsten einer Kontrolle durch mich/uns und den Auftraggeber mir/uns gegenüber abgibt (Formblatt 5.4 VHB-Bbg.) und gleichlautende Erklärungen evtl. weiterer von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzten Nachunternehmern vorlegt. Dasselbe gilt sinngemäß für Verleiher von Arbeitskräften.

### 6. Verstöße, Auftragssperren und Vertragsstrafen

Mir/Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestlohngesetz an die zuständige Zollbehörde meldet. Es ist auch bekannt, dass der Auftraggeber bei Verstößen gegen die in diesem Angebotsteil enthaltenen vertraglichen Pflichten über einen Ausschluss vom Wettbewerb bis zu drei Jahren entscheiden und diesen zu einer zentralen Sperrliste melden kann, aus

der brandenburgische Auftraggeber Auskunft über die Eintragung erhalten. Es besteht die Möglichkeit durch eine „Selbstreinigung“ eine Kürzung der Sperrdauer oder eine Aufhebung der Sperre zu erreichen. Änderungen an den Eintragungen sind gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen, der die Eintragung bewirkt hat. Ist ein Nachauftragnehmer mit einer Auftragsperre belegt, werde ich kurzfristig einen anderen Nachauftragnehmer benennen. Der Auftraggeber räumt diese Möglichkeit nur ein, wenn zeitliche Verzögerungen im Vergabeverfahren unschädlich sind.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer von meinem/unserem Unternehmen bei der Leistungserbringung Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen nach Ziffer 2 und 3 an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Ziffern 2 und 3 bilden jeweils ebenso einen Fall.

- von Nachunternehmern

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß dem in der Anlage zu dieser Vereinbarung beigefügtem Muster mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entgeltverkürzung gegenüber einem/einer in seinem Unternehmen Beschäftigten oder Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Kontrollen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 5 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro, zu zahlen. Dabei stellen Verstöße gegen Arbeitsentgeltzahlungspflichten je Beschäftigter/n und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall. Entsprechende Erklärungen lege ich auch von weiteren Nachunternehmern oder Verleihern vor.

## 7. Kündigungsrecht

Ich/wir räume/n dem Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner/unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

\_\_\_\_\_  
**Ort, Datum, Firma, Name der erklärenden, vertretungsberechtigten natürlichen Person**